

Zeitschrift:	Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber:	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band:	44 (1952)
Heft:	10
Artikel:	Der 84. Jahreskongress des Englischen Gewerkschaftsbundes
Autor:	Bieligk, K.F.
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-353556

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: „BILDUNGSARBEIT“ UND „GESETZ UND RECHT“

HEFT 10 - OKTOBER 1952 - 44. JAHRGANG

Der 84. Jahreskongreß des Englischen Gewerkschaftsbundes

Der 84. Englische Gewerkschaftskongreß, der vom 1. bis 5. September in Margate (Südengland) tagte, fand eine Situation vor, die sich seit dem vorjährigen Kongreß wesentlich verändert hat. An Stelle der Arbeiterregierung ist die Konservative Partei an der Macht. Die Churchill-Regierung hat in den letzten zehn Monaten einen umfassenden Angriff auf die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung durchgeführt. Sie ist dabei, die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Reformen der Arbeiterregierung, für die sich mit Nachdruck die Gewerkschaften eingesetzt hatten, entweder ganz rückgängig zu machen oder teilweise abzutragen. Das Verhalten der konservativen Regierung gegenüber den Gewerkschaften gab dem TUC-Präsidenten vor kurzem zu der Feststellung Anlaß, daß es nicht im Einklang zu der Versicherung stehe, daß sich die Regierung mit den Gewerkschaften in allen Fragen, in denen sie einen Anspruch darauf haben, gehört zu werden, beraten werde. Dazu kommt der wirtschaftliche Rückschlag, der zu einer Verdoppelung der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr geführt hat, von dem insbesondere die Arbeiterschaft einiger Konsumgüterindustrien (Textilien, Möbel, Porzellan) betroffen ist. Die internationale Lage der Wirtschaft läßt es sehr ungewiß erscheinen, ob mit einer neuen stetigen Aufwärtsentwicklung in der nächsten Zukunft zu rechnen ist.

Aufgaben, die sich aus dieser veränderten Situation ergeben, waren es, die den Hauptteil der Verhandlungen in Anspruch nahmen.

Der Gewerkschaftsriese

183 gewerkschaftliche Organisationen sind dem TUC angeschlossen. Es gehören ihnen insgesamt 8 020 179 Mitglieder an; das sind annähernd 200 000 mehr als im letzten Jahre. Es ist der höchste Mitgliederstand, den der Englische Gewerkschaftsbund in seiner 84jährigen Geschichte erreicht hat. Im letzten Jahre vor dem Zwei-

ten Weltkrieg gehörten ihm nur 4 460 617 Mitglieder an. Da in der englischen Wirtschaft rund 22 500 000 Personen beschäftigt sind, unter denen sich etwa 2 500 000 jugendliche Arbeiter und Arbeiterrinnen befinden, die das Alter für die gewerkschaftliche Zugehörigkeit noch nicht erreicht haben, und weiter 7 000 000 Frauen und Mädchen, von denen nur 1 250 000 den Gewerkschaften angehören, so ergibt sich, daß ungefähr jeder zweite erwachsene englische Arbeiter ein Gewerkschafter ist.

Die Stärke der 183 Gewerkschaftsorganisationen ist sehr verschieden: 5 haben unter 100 Mitglieder, 29 zwischen 101 und 1000 Mitglieder, 70 Gewerkschaften haben von 1001 bis 10 000 Mitglieder, 21 von 10 001 bis 20 000, 29 von 20 001 bis 50 000, 15 von 50 001 bis 100 000, 10 von 100 001 bis 500 000 Mitglieder, und vier Verbände haben eine höhere Zahl von Mitgliedern. Die zwölf stärksten Gewerkschaften sind:

	Mitglieder
Transport- und Allgemeiner Arbeiterverband	1 295 196
Allgemeiner und Gemeinde-Arbeiter-Verband	808 533
Vereinigte Metall- und Maschinenarbeiter-Gewerkschaft	756 149
Bergarbeiter-Verband	613 118
Landesverband der Eisenbahner	396 257
Laden- und Handelsarbeiter-Verband	347 737
Elektrizitätsarbeiter-Verband	197 598
Vereinigte Holzarbeiter-Gewerkschaft	196 200
Öffentliche Angestellte und Arbeiter	175 000
Postarbeiter	155 002
Verband der Zivildienst-Angestellten	147 000
Landwirtschaftlicher Arbeiter-Verband	135 000

Die kleinste Gewerkschaft ist die der Schloß- und Schraubenmacher mit nur 30 Mitgliedern. Trotz dem Zusammenschluß zahlreicher Gewerkschaften in den letzten 30 Jahren ist die Zersplitterung noch immer beträchtlich. Aber da viele Verbände eine lange Tradition hinter sich haben und oft nur hochqualifizierte Spezialarbeiter organisieren, so wird es noch lange Zeit dauern, ehe sie völlig überwunden werden kann. So bestehen im Druck- und Papiergewerbe 14 Gewerkschaften, 18 in der Stahl- und Eisenindustrie, 27 in der Metall- und Maschinenindustrie und 34 in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Im Generalrat des TUC gibt es ein besonderes Komitee, das sich mit der Schlichtung von Grenzstreitigkeiten zwischen den vielen Organisationen zu beschäftigen hat.

Bemerkenswert ist, daß in England auch die Künstler und Wissenschaftler gewerkschaftlich organisiert sind. So hat der Schauspielerverband über 10 000 Mitglieder, die Aerztegewerkschaft 4742 und der Verband der wissenschaftlichen Arbeiter 12 262 Mitglieder.

Von den 183 dem TUC angeschlossenen Gewerkschaften sind 70 ohne weibliche Mitglieder; dagegen stellen die Frauen und

Mädchen in 16 Verbänden die Mehrheit der Mitglieder. Davon sind 9 Textil- und Bekleidungsarbeiterverbände.

Jede Gewerkschaft hat für jedes Mitglied einen Jahresbeitrag von 6 Penny (31 Rappen) an den TUC abzuführen. Dessen Gesamteinnahme aus diesen Beiträgen betrug im letzten Jahre 2 455 000 sFr. Zum Jahreskongreß entsenden die Gewerkschaften auf je 5000 Mitglieder, für die die Beiträge abgeführt sind, einen Delegierten. Der diesjährige Kongreß hätte darum von über 1600 Delegierten beschickt werden müssen. Da aber für einen so großen Kongreß kaum das entsprechende Lokal zu finden ist und auch die Arbeitsfähigkeit erschwert wird, wird dieses Delegationsrecht von den meisten Gewerkschaften nicht voll ausgenutzt. In Margate waren 938 Delegierte anwesend.

Bedrohter Schutz, bedrohte Rechte

Diese wachsende Stärke des TUC hat seinen Gegnern seit langem Sorge bereitet. Die «Nebenregierung der Gewerkschaften» war in den Jahren der Arbeiterregierung zu einem geflügelten Wort geworden. Unter der konservativen Regierung haben sich die Tendenzen verstärkt, die eine Schwächung der gewerkschaftlichen Position zum Ziele haben. Der Präsident des Kongresses, *Arthur Deakin*, machte es sogleich am ersten Verhandlungstag klar, daß der Generalrat die Zeichen der Zeit verstanden hat. Er sei zu der Auffassung gekommen, so sagte er, daß die Gewerkschaftsbewegung bewegten Zeiten entgegengesetzt. Einige der wesentlichen Züge der gewerkschaftlichen Praxis und Methoden der gewerkschaftlichen Organisation seien im letzten Jahre ernstlich in Frage gestellt worden; nicht nur in den Betrieben, sondern auch durch die Gerichte und im Parlament. Deakin bezeichnete es als notwendig — und der Kongreß schloß sich seiner Auffassung durch die einstimmige Annahme einer entsprechenden Entschließung an —, daß mit der äußersten Sorgfalt und Geduld die Bedeutung einiger Probleme, die mit folgenden Fragen in Verbindung stehen, untersucht werde: das Recht auf die Organisationsfreiheit; die Anrufung der Gerichte bei Sympathieaktionen für Gewerkschaften, die Anstrengungen machen, das Prinzip der Organisationsfreiheit zu verwirklichen; und das Eingreifen der Regierung in Lohnverhandlungen, die von den Gewerkschaften auf gesetzlichem Wege geführt werden.

Dieser Beschuß ist notwendig geworden, weil ein großes Buch- und Zeitungsdruckereiunternehmen seit 26 Jahren die Beschäftigung des Personals von der *Nichtzugehörigkeit* zu einer Gewerkschaft abhängig macht und weil, als es darüber im Frühjahr zu einem Streik kam, den mehrere Gewerkschaften durch Sympathieaktionen unterstützten, die angerufenen Gerichte Urteile gegen die Gewerkschaften fällten. Diese Urteile können von den Unternehmern zur Begründung

von Schadenersatzforderungen an die betreffenden Arbeiter und Gewerkschaften benutzt werden. Gleichzeitig kam eine von dem Arbeitsminister eingesetzte Untersuchungskommission zu einem Ergebnis, das die Verweigerung des gesetzlich zustehenden Organisationsrechts *nicht* verurteilte, wohl aber die Gewerkschaften rüffelte, weil sie angeblich Vertragsbrüche begangen hätten. Später hat in einem anderen Falle eine gleiche Untersuchungskommission aus Anlaß eines Streiks einen Bruch bestehender Abkommen festgestellt.

Die Gewerkschaften sehen sich damit wieder der gleichen Situation gegenüber wie vor 50 Jahren, als aus Anlaß eines Streiks die betroffene Eisenbahngesellschaft die Gewerkschaft verklagte. Sie wurde verurteilt, rund eine halbe Million Franken an Strafe und Unkosten zu zahlen. Diese Bedrohung der gewerkschaftlichen Betätigung durch das berühmt gewordene «Taff-Vale-Urteil» ist einige Jahre später durch die Ergänzung des Gewerkschaftsgesetzes abgewehrt worden. Der Präsident des TUC erklärte mit Bestimmtheit: «Wir geben uns nicht dazu her, mit einem neuen Taff-Vale-Urteil aufgesattelt zu werden. Es sind gesetzliche und politische Erwägungen, die mit der Frage der Organisationsfreiheit verbunden sind. Es handelt sich um ein bedeutsames Prinzip, an dem weder die Gerichte herumnagen dürfen, noch darf es durch Zweideutigkeit oder durch spitzfindige Auslegung von Gesetzen in Gefahr gebracht werden.» Die englischen Gewerkschaften halten an dem Recht fest, eine hundertprozentige Zugehörigkeit zum Verband zu erreichen, und sind entschlossen, es mit der äußersten Energie zu verteidigen. Es muß den organisierten Gewerkschaftern überlassen bleiben, ob sie mit Unorganisierten zusammenarbeiten wollen oder nicht.

Der Generalrat hat die Gefahr erkannt, daß die Gewerkschaften den Schutz der Gesetze verlieren können, dessen sie sich seit Jahrzehnten erfreut haben, und daß die Mittel der Gewerkschaften und ihrer Angestellten für Aktionen haftbar gemacht werden können, die in der Verfolgung eines Arbeitskonflikts unternommen werden. Eine völlige Abwehr dieser Gefahr wird erst durch ein Parlament erfolgen können, das erneut eine starke Arbeitermehrheit aufweist.

Der Kongreß hatte sich auch mit anderen Mitteln zu beschäftigen, durch die die Gewerkschaften unterminiert werden sollen. Konervative und liberale Politiker haben in der Gründung von *Splittergewerkschaften* ein neues Betätigungsgebiet gefunden. Sowohl für die oberen Postangestellten als auch für die Feuerwehrbeamten sind in der letzten Zeit neue Verbände gegründet worden, die dem TUC nicht angehören können. Ebenso fördern sie und manche Unternehmer sogenannte Betriebsgewerkschaften. Da dadurch das kollektive Verhandlungssystem, an dessen Aufrichtung und Vervollständigung der TUC hervorragenden Anteil hat, gefährdet wird, werden die Gewerkschaften diese Bedrohung entschieden bekämpfen.

Verteidigung der Lebensbedingungen

Die zentrale Frage des Kongresses bildete die Sicherung des Lebensstandards. Der TUC ist seit vielen Monaten von der bürgerlichen Presse heftig angegriffen worden, weil er dem von der konservativen Regierung verlangten Lohnstopp nicht zugestimmt hat. Es ist ihm zugemutet worden, trotz der starken Verteuerung der Lebenshaltungskosten von Lohnforderungen für die Arbeiterschaft Abstand zu nehmen. Nicht nur sollen die Gewerkschaften jetzt auf Bestrebungen für eine Erhöhung des Vorkriegs-Reallohnes verzichten, sondern sie sollen auch die Teuerung, die teils eine Folge der internationalen Preiserhöhung, teils aber auch der Maßnahmen der Regierung ist, nicht durch eine Lohnforderung auszugleichen versuchen. Mit 6 856 000 Stimmen gegen 504 000 Stimmen nahm der Kongreß die Erklärung des Generalrats an, deren wesentlicher Teil lautet:

Wir sehen uns der Gefahr gegenüber, daß höhere Produktionskosten die Preise für unsere Ausfuhrwaren so in die Höhe treiben, daß sie unvernünftig werden. Aber daraus darf nicht geschlossen werden, daß eine Lösung auf Kosten der anerkannten Methoden der Lohnfestsetzung gesucht werden muß. Noch folgt daraus, daß, wenn die Preise für die Notwendigkeiten des Lebens steigen, die Lohnverdiener und insbesondere jene, deren Einkommen nicht hoch genug sind, um ihren Unterhalt zu bestreiten, nicht gerechtfertigt sind, Lohnerhöhungen zu verlangen.

Der Generalrat war insbesondere darum besorgt, daß die TUC-Politik die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und des Lebensstandards unterstützt. Aber die Tätigkeit der Gewerkschaften allein kann die Probleme des Landes nicht lösen. Wir bestehen darauf, daß die Regierung und alle Sektionen des Volkes ihren Anteil an dem Wiederaufbau tragen müssen. Von fundamentaler Bedeutung ist in dieser Beziehung die Wiederherstellung einer vernünftigen Stabilität des inländischen Preisniveaus, weil davon die Fähigkeit des arbeitenden Volkes abhängt, ob es einen vollen Beitrag zur Ueberwindung der Schwierigkeiten machen kann. Wir sind gezwungen, zu wiederholen, was wir in unserer Erklärung zum Staatsbudget gesagt haben, daß mit der Kürzung der Zuschüsse zu den Nahrungsmittelkosten und der Gewährung von bedeutenden finanziellen Vorteilen durch Einkommenssteuer-Erlichterungen für Leute mit höherem Einkommen die Regierung jeden Versuch weitgehend vereitelt hat, das Wettrennen zwischen Preisen und Löhnen zu vermeiden. Als Schlußfolgerung muß der Generalrat jedoch betonen, daß die Gewerkschafter sich nicht außerhalb der Schwierigkeiten stellen können, in denen sich das Land befindet. Diese Gefahren bedrohen jeden einzelnen. Die Gewerkschaftsbewegung hat eine entscheidende Verantwortung dafür, daß ihre eigenen Aktionen die bereits prekäre Situation nicht verschlimmern.

Mit 7 771 000 Stimmen gegen 39 000 wurde dazu noch eine Entschließung angenommen, die von der Gewerkschaft der Laden- und Handelsarbeiter mit Unterstützung anderer Verbände eingebracht

worden war. Sie bringt den entschiedenen Widerspruch der Gewerkschaften gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung zum Ausdruck, die — wie vor dem Kriege — für große Gruppen der Bevölkerung zur Arbeitslosigkeit und Armut führen werde. Diese Politik, so heißt es weiter, legt die schwersten Lasten auf jene, die am wenigsten fähig sind, sie zu tragen. Der Generalrat wird ersucht, jeden Versuch, gerechtfertigte Lohnerhöhungen, die notwendig sind, um die Last der steigenden Lebenshaltungskosten zu erleichtern, einzuschränken, abzulehnen und von der Regierung eine Ueberprüfung ihrer Politik in den Fragen der Nahrungsmittelzuschüsse, der Herabsetzung der Umsatzsteuer und der Profit- und Dividendenbeschränkung zu fordern. Weiter wird der Generalrat ersucht, jede Aenderung der Arbeitswoche und jeden Versuch, die Lebenshaltungskosten durch Massenarbeitslosigkeit zu stabilisieren, zu bekämpfen. Eine zweite Entschließung, die schärfer formuliert war, wurde mit 4 914 000 gegen 2 626 000 Stimmen abgelehnt.

Die Beschlüsse des Kongresses in dieser Frage bedeuten, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften im wesentlichen die gleiche wie bisher bleiben wird. Sie haben stets auf die Gesamtinteressen Rücksicht genommen. Die Verteidigung der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder ist ihre oberste Aufgabe, an der sie nicht wegen sektioneller Interessen, sondern mit Rücksicht auf die gesamten Volksinteressen festhalten müssen.

Wiederaufrüstung

Im Mai dieses Jahres hat der Generalrat in einer Erklärung seine Stellungnahme zur Wiederaufrüstung niedergelegt. Sie wurde von einigen Gewerkschaften heftig angegriffen. Dem Kongreß lagen drei Gegenentschließungen vor. Nach einer kurzen Debatte billigte der Kongreß mit 5 597 000 Stimmen gegen 1 450 000 Stimmen die Erklärung des Generalrats. Die Delegierten von fast einer Million Mitglieder enthielten sich dabei der Abstimmung. In dieser Erklärung sagt der Generalrat, daß er bei seiner festen Ueberzeugung bleibe, «daß das größtmögliche Maß von Wiederaufrüstung, das unsere Mittel erlauben, durchgeführt werden muß. Mit dieser Einschränkung ruht auf uns die direkte Verpflichtung, das Land in der Aufgabe, die es übernommen hat, zu unterstützen ... Daß unser Aufrüstungsprogramm eine Anpassung an die praktische Leistungsfähigkeit unserer Industrie notwendig machen kann, ist eine begründete Annahme, aber eine solche Ueberprüfung muß alle die neuen Tatsachen in Betracht ziehen; sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen Veränderungen in der internationalen Situation, ohne das letzte Ziel aus dem Blick zu verlieren ... Wir haben nicht zwischen Wiederaufrüstung und Lebensstandard zu entscheiden, sondern zwischen Frieden auf der Basis der Freiheit der Menschheit und

der fortwährenden Furcht vor Aggression und einer dauernden Spannung in den internationalen Beziehungen. Dies ist nicht der Augenblick, in unserer Entschlossenheit, den höchstmöglichen Beitrag zur Verteidigung der freien Welt zu machen, schwach zu werden.»

Alle drei Gegenentschließungen wurden mit starken Mehrheiten abgelehnt. Dagegen fand eine unmittelbar darauf zur Beratung kommende Resolution, die sich gegen den Gebrauch von *bakteriologischen* Waffen ausspricht und von der Regierung fordert, daß sie durch die Vereinten Nationen ein neues internationales Abkommen herbeiführt, das den Gebrauch dieser Waffen verbietet, mit 3 797 000 Stimmen gegen 3 528 000 Stimmen Annahme.

Nationalisierung — Wirtschaftsdemokratie

Völlig einig war sich der Kongreß in der schärfsten Verurteilung des Angriffs der Regierung auf die nationalisierten Wirtschaftsunternehmungen. Der Plan, den Straßentransport wieder privaten Unternehmern zu übergeben und den bedeutenden, erneuerten Wagenpark mit großen Verlusten für den Staat zu verschleudern, wird in einer Entschließung als eine vollständige Kapitulation der Regierung vor den privaten Interessen bezeichnet. Der Generalrat des TUC wird beauftragt, im Zusammenwirken mit der Arbeiterpartei diesem Gesetz mit allen gesetzlichen Mitteln zu begegnen. Auch gegen die geplante Entnationalisierung der Stahlindustrie nahm der Kongreß einstimmig Stellung. Er billigte den Bericht des Generalrats zu dieser Frage und stimmte einer entsprechenden Resolution zu.

Die Ueberführung der Wirtschaft aus dem Privatbesitz in das öffentliche Eigentum ist für weite Kreise der englischen Arbeiterschaft *das unerlässliche Mittel* für den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung. Diese Auffassung ist in einer Entschließung niedergelegt, in der der Generalrat ersucht wird, Vorschläge für die Ausdehnung der Nationalisierung auf andere Industrie- und Wirtschaftszweige auszuarbeiten. Ebenso soll er Vorschläge vorbereiten, die die volle Wirtschaftsdemokratie in den nationalisierten Industrien herstellen können. Diese Vorschläge sollen dem nächsten Kongreß vorgelegt und — wenn angenommen — der Arbeiterpartei für die Aufnahme in ihr Wahlprogramm unterbreitet werden. Der Generalrat erklärte seine prinzipielle Zustimmung, wünschte jedoch, daß die Resolution ihm zur aufmerksamen Berücksichtigung überwiesen werde. Die Abstimmung ergab: 4 542 000 für die Annahme der Resolution und 3 210 000 für ihre Ueberweisung an den Generalrat.

Der mehr als 200 Seiten umfassende Tätigkeitsbericht des Generalrats wurde in allen seinen Teilen gebilligt. Einstimmig angenommen wurden weiter zwei Entschließungen der Aerztegewerkschaft, die die Beseitigung der im Laufe der letzten 18 Monate eingeführten Ge-

bühren für den staatlichen Gesundheitsdienst und einen umfassenden Betriebsgesundheitsdienst fordern. Ebenso einstimmig wurde der Generalrat ersucht, sich für die Erhöhung der Altersrenten einzusetzen.

Eine andere Entschließung verlangt, daß der TUC bei der Regierung eine Handelspolitik befürwortet, die Handelsabkommen mit allen Nationen, die dazu bereit sind, abschließen will. Der Kongreß bringt darin seine Auffassung zum Ausdruck, daß insbesondere ausgedehnte Handelsbeziehungen mit China, Sowjetrußland und andern östlichen Ländern einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der gegenwärtigen internationalen Situation, die den Völkern aller Länder zu ernsten Besorgnissen Anlaß gibt, machen könnten.

Der Generalrat wurde von 33 auf 35 Mitglieder verstärkt. Seine Wahl ergab, daß — wie in den letzten Jahren — ihm auch diesmal kein Kommunist angehört. Zum neuen Präsidenten des TUC wurde für das nächste Jahr Tom O'Brien, der Sekretär der Theater- und Kinoarbeitergewerkschaft, gewählt.

Bieligk, London.

Produktivität, Sozialpolitik, Human Relations

«Alles, was die Arbeiter wollen, ist, daß man ihnen sagt, was sie zu tun haben und daß sie für ihre Arbeit bezahlt werden.» Dieser Ausspruch von Henri Ford I kennzeichnet eine Philosophie über das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie sie in Unternehmerkreisen in den Vereinigten Staaten und anderswo bis vor nicht langer Zeit weit verbreitet war. Die Erfahrungen zeigten jedoch, daß sich allein auf materiellem Weg noch keine gute Arbeitsmoral und kein Wille zur Zusammenarbeit erzielen läßt. Trotz höheren Löhnen und vermehrten Versicherungseinrichtungen, trotz verbesserten Leistungslohnsystemen, Gratifikationen und Gewinnbeteiligungen gingen in vielen Fällen die Symptome schlechter Arbeitsmoral, wie Restriktionen in den Arbeitsleistungen, ständiger Personalwechsel und hohe Abwesenheitsziffern, Klagen und Streiks, nicht zurück. Der amerikanische Unternehmer begann damit zu erkennen, daß, wie dies ein Wirtschaftsführer ausdrückte, «man wohl die Arbeitszeit und die Präsenz eines Untergebenen sowie eine Anzahl von geübten Manipulationen pro Stunde und Tag mit Geld erkaufen kann; daß hingegen die Begeisterung an der Arbeit, die Initiative, die Loyalität zum Unternehmen sowie die Hingabe der Herzen, des Geistes und der Seele nicht käuflich sind, sondern daß man diese Dinge gewinnen muß...»

Franz Aschinger (in der «NZZ»)